

Lehrerdienstrecht neu

Werden dadurch unsere Kinder klüger?

IN DIESER AUSGABE

Wie ist das jetzt wirklich
in Finnland?
Zwei Berichte
und die Lehren daraus

Das Lehrerdienstrecht
betrachtet
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Meister wird Master
überlegt
Franz-Josef Etzelstorfer

HR Mag. Dieter Grillmayer
sucht die
politische „Intelligenz“
der Grünen



Gehen wir's an!

*Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen
ein erfolgreiches Schuljahr!*

Die Festung bröckelt

Von Siegfried Neyer



Jahrzehntelang hat sich die ÖVP als die Festung gegen die Gesamtschule dargestellt und das lange Zeit auch gehalten. Seit einigen Jahren stellen in regelmäßigen Abständen internationale Vergleiche wie PISA, TIMSS und PIRLS dem österreichischen Schulsystem immer schlechtere Zeugnisse aus. Der Schluss der selbsternannten Bildungsexperten und der linken Ideologen daraus war immer wieder, dass nur die Einführung der Gesamtschule diese Misere beenden kann. Als Positivbeispiele wurden immer wieder skandinavische Länder mit Gesamtschulsystem genannt. Auf diese schwachen Begründungen und Fehlschlüsse wurde in der FM schon mehrfach verwiesen und wird bezüglich Finnland in dieser Folge nochmals eingegangen. Trotzdem wird von den selbsternannten Experten und Ideologen gemeinsam mit einem großen Teil der heimischen Medien seit gut einem Jahrzehnt vehement gegen das bewährte und im deutschsprachigen Raum mehrheitlich praktizierte differenzierte Schulwesen mobil gemacht. Es ist aber nicht der massive Angriff von

außen, der die Festung ÖVP ins Wanken bringt. Vielmehr sind es die internen Heckenschützen, die die Festung sturmreif schießen.

Schon vor Jahren hat sich die ÖVP-Landtagfraktion der Steiermark für die Gesamtschule ausgesprochen. Der ÖVP-Landeshauptmann von Tirol hat sich diesem Ansinnen schon vor einigen Jahren angeschlossen und will nach Südtiroler Modell die Gesamtschule in Tirol einführen. Dieses Vorhaben hat er nach den Landtagswahlen im heurigen Frühjahr bestärkt. Nach den Landtagswahlen in Salzburg hat sich auch der ÖVP-Landeshauptmann Haslauer für die Gesamtschule ausgesprochen. Allerdings will er die Langform des Gymnasiums nicht ganz abschaffen. Für Schulen mit besonderem sprachlichen Schwerpunkt sind seiner Meinung nach acht Jahre durchgehender Unterricht sehr wohl sinnvoll. Für naturwissenschaftlich und technisch ausgerichtete Gymnasien reiche aber eine Oberstufe im Anschluss an eine Gesamtschule vollkommen aus. Soviel zum Stellenwert einer vertieften Allgemeinbildung und einer fundierten naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung, die für die Wirtschaft ja so wichtig ist. (Haslauer kommt ja auch nicht aus dieser Fachrichtung).

Zuletzt hat sich nun auch der Vorarlberger ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner für einen flächendeckenden Schulversuch zur Gesamtschule in Vorarlberg ausgesprochen. Neben den drei Landeshauptleuten kommen auch aus Wien und Steiermark von

ÖVP-Seite positive Meinungen zur Gesamtschule.

Linie zeigt hingegen Vizekanzler Spindelegger im Interview in den Vorarlberger Nachrichten am 20.7.2013: „Ich habe immer gesagt, das Gymnasium wird mit mir nicht abgeschafft. Und ich sehe mich da in einem Boot mit einem Großteil der Eltern in Österreich. Wie man eine Gemeinsame Schule einführt, ohne das Gymnasium abzuschaffen, hat mir noch niemand erklären können.“

Offen bleibt die Frage, wie lange er sich mit dieser Meinung gegen drei Landeshauptleute und zwei weitere Landesgruppen durchsetzen kann. Nach aktuellen Umfragen bleibt der ÖVP nach den Nationalratswahlen im Herbst wahrscheinlich wieder nur der 2. Platz. Obmanndebatten und anschließende Obmannwechsel haben in der ÖVP Tradition und der zwar glaubwürdige, aber wenig charismatische Obmann Spindelegger ist möglicherweise schon bald Geschichte.

Viele der ÖVP nahestehende Lehrer fragen sich, ob die ÖVP überhaupt noch wählbar ist, denn der Fall der Festung ÖVP gegen die Gesamtschule sei nur noch eine Frage der Zeit. Die ÖVP könnte damit ein nicht unwesentliches Wählerpotential verlieren.

Für die FPÖ ist dies eine einmalige Möglichkeit, einen Teil der ÖVP-nahen Lehrerschaft für sich zu gewinnen. Schließlich ist sie momentan die einzige politische Gruppierung, die noch fast geschlossen (ausgenommen leider

Ein Schuljahr in Finnland

von Marlene Gerber

Ein Jahr Finnland ist für mich bald vorbei. Ich bin traurig, weil eine schöne Zeit zu Ende geht, und frustriert, weil ich jetzt die Gewissheit habe, dass die österreichische Bildungspolitik immer mehr einen vollkommen falschen Weg geht.

Keine Wunderwuzzis

Der erste Eindruck vom Schulalltag in Helsinki war allerdings kein positiver, es war vielmehr ein Schock: Die Lehrer hier sind gar keine Götter, der Unterricht oft langweilig, die Kinder wirken unmotiviert, Das sollen die PISA-Sieger sein? Ich bin mit der Erwartung gekommen, von den finnischen Lehrern viel mehr lernen zu können als von Lehrern in Österreich. Das was ich gelernt habe ist, dass wir alle Menschen sind und österreichische Lehrer um Welten besser sind als ihr Ruf.



Die Festung ... (Fortsetzung):

der freiheitliche Landtagsklub (Vorarlberg) zum Gymnasium und zum bewährten differenzierten Schulwesen steht, ohne dabei den offensichtlichen Reformbedarf zu übersehen. Da die Mehrheit der Eltern und ein großer Teil der Lehrer für ein differenziertes Schulwesen eintritt, ist der FPÖ dringend zu empfehlen, ihre Haltung in der Bildungspolitik bei der Wahlwerbung deutlich hervor zu heben.

Erst mit der Zeit habe ich das Geheimnis des Erfolges der finnischen Schule in den Strukturen des Systems entdeckt. Hier dürfen Lehrer, Schüler und Eltern Menschen sein, die vom Staat entlastet und gefördert werden. Menschen, die sich nicht darum kümmern müssen, wieviel die Unterrichtsmaterialien kosten, denn alles (Hefte, Bücher, Papier, Stifte, Malfarben ...) wird vor Ort zur Verfügung gestellt. Sogar das tägliche Mittagessen ist gratis (für Schüler, nicht Lehrer!), sowie Museumsbesuche und Exkursionen. Jede Schule hier verfügt über ein großes Budget, das sie individuell verwalten kann. Wenn finnische Lehrer eine Idee für ein Projekt haben, welches Geld involviert, fragen sie einfach in der Direktion nach und ich habe noch nie erlebt, dass die jeweilige Idee nicht bewilligt wurde.

Unterstützung

Neben der großen finanziellen Entlastung für Eltern und Lehrer (...) werden auch Schüler entlastet. Es gibt keine vorgeschriebene Klassengröße und die Schule bekommt ähnlich wie in Österreich Geld pro Schüler, aber kein finnischer Schulleiter würde es jemals wagen, die Klassengröße von 25 zu überschreiten. Es gibt auch viel kleinere Klassen: Die von der Gemeinde Helsinki empfohlene Zahl an Schülern pro Klasse ist 18 – ich habe auch Klassen mit 15 Schülern und weniger unterrichtet.

Durch die geringe Anzahl an Schülern kann sich der Lehrer den

Schülern individuell widmen. Und während man in Österreich als Lehrer sowieso nur mehr Zeit für die absoluten Härtefälle hat, gibt es für Schüler mit Lernschwierigkeiten in Finnland eigene Klassen. In diesen Klassen werden sie von einem Förderlehrer unterrichtet, allerdings nur solange die jeweiligen Schwierigkeiten bestehen. Läuft es wieder besser, kommt man in die ursprüngliche Klasse zurück. Dieses System ist nicht zu verwechseln mit einer Haupt- oder gar Sonderschule, da diese Klassen äußerst flexibel besucht werden können.

Hat ein Schüler zum Beispiel Schwierigkeiten in Mathematik und in anderen Fächern kaum, bleibt er nicht sitzen, sondern wird mitten im Schuljahr Mathematik in der Förderklasse weitermachen (und in allen anderen Fächern in die normale Klasse weitergehen). In Förderklassen dürfen höchstens 10 Schüler gleichzeitig unterrichtet werden. Unterrichtet wird von einer Lehrperson mit sonderpädagogischer Ausbildung, wobei Sonderpädagogik in Finnland im weitesten Sinn verstanden wird. Und obwohl die finnischen Klassenzimmer generell mit dem neuesten technischen Schnickschnack und tollen Büchern ausgestattet sind, sind die Förderklassen immer am Besten ausgestattet.

Es gibt allerdings auch weitere zusätzliche Unterstützung für die Lehrer im Klassenzimmer. Ich bin nicht die einzige Unterrichtsassistentin in meiner Schule. Tatsächlich ist das ein Job in Finnland, für

den man zwar keine Ausbildung braucht, dennoch aber Geduld und Einfühlsamkeit mitbringen sollte. Anders als die drei anderen Assistenten in meiner Schule werde ich später Lehrerin sein und unterrichte auch hier schon oft alleine. Normalerweise betreuen die Assistenten Schüler innerhalb der Klasse. Ähnlich wie Förderlehrer helfen sie mit den schwierigen Fällen, sind oft Ansprechpartner für die Schüler und kommunizieren mit Förder- und Klassenlehrern.

Als weitere Besonderheit ist zu erwähnen, dass es an jeder Grundschule (für Kinder von 7 bis 12 Jahren) einen Schulpsychologen gibt. An meiner Schule (für Kinder von 13 bis 16 Jahren) gibt es eine Sozialarbeiterin, zu der Lehrer störende Schüler während des Unterrichts schicken können. Überhaupt dürfen Lehrer hier mit Nachsitzen strafen, was mich am Anfang schockiert hat. Mittlerweile finde ich es gut, als Lehrer Konsequenzen nicht nur androhen zu können. Und ich habe selbst erlebt, dass dieses Nachsitzen auch zu Einsichten führen kann (z. B. Entschuldigungen und den Versuch, sich besser in den Unterricht einzubringen etc.).

Leistung zählt

All das gilt natürlich nur für die Pflichtschule, die neun Jahre dauert. Für das „Gymnasium“, sofern man es so nennen kann, muss man sich in Finnland mit den Prüfungsnoten vom 9. Schuljahr bewerben. Für Schüler, die allgemein mit einer Lernschwäche diagnostiziert wurden und eventuell ständig in Förderklassen wa-

ren, fällt diese Option weg. Sie besuchen meist Berufsschulen; für Schüler mit größeren Beeinträchtigungen gibt es eigene Berufsschulen, an denen es viele Förderlehrer gibt. Die anderen Schüler bewerben sich meist an den „bestmöglichen“ Gymnasien. Das sind Schulen, deren Abgänger über ein außerordentlich gutes Maturazeugnis verfügen. Die Ergebnisse der Schulen werden jedes Jahr veröffentlicht und normalerweise versucht jeder Schüler, an eine Schule zu kommen, die ihn oder sie „gerade noch“ nimmt. Es zählen hier nur die Noten vom standardisierten Test, so wie später bei der Matura ebenfalls nur die Noten der schriftlichen Prüfungen zählen, wobei man sich bei außerordentlich guten Maturaergebnissen direkt bei der Universität bewerben kann. Normalerweise muss man allerdings noch einmal eine Prüfung bestehen, um zum Studium zugelassen zu werden.

Das finnische System ist also nicht „nur“ gerecht, es vertritt auch den Leistungsgedanken, was auf dem ersten Blick widersprüchlich wirkt. In Wahrheit ist die finnische Gesellschaft – anders als die österreichische – offen leistungsorientiert. Auch Österreich ist ein Land mit kapitalistischer Wirtschaft, allerdings verstecken sich die Mächtigen hier allzu oft hinter undurchsichtigen Freundschaften und Verbindungen. In Finnland ist alles transparent: Es zählt die Leistung. Und was zu leisten ist wird immer im Vorhinein bekannt gegeben. Außerdem genießen alle bis zum 15. Lebensjahr hier die gleiche Bildung, was sich generell in dem nicht Vorhandensein von gesellschaftlichen Schichten zeigt.

Einer für Alle, Alle für Einen?

Generell zählt in Finnland das Individuum mehr als das Kollektiv. Man muss sich hier nicht „packen“, um weiterzukommen. Sogar im Klassenzimmer merkt man die unterschiedlichen Ansprüche der Lehrer an die Schüler und der Schüler an sich selbst. Während in Österreich Gruppenarbeiten zur Tagesnorm gehören, arbeitet der finnische Schüler meist alleine vor sich hin. Das geht so weit, dass Schummeln hier absolut verpönt ist, während man in Österreich „ja nur einem guten Freund hilft“.

Auch unter den Lehrern hat jeder seinen eigenen Aufgabenbereich und keiner würde auf die Idee kommen, sich in die Verantwortung eines Anderen einzumischen. Die Hierarchie ist flacher und die Aufgaben gleichmäßiger verteilt. Der Direktor macht sich seinen Kaffee selbst. Das Putzpersonal wird zu Festen des Kollegiums eingeladen. Von der Direktion bis zum Sonderschüler sprechen sich alle gegenseitig mit Vornamen an. Was aber über Formalitäten hinausgeht ist der gegenseitige Respekt, der ebenfalls jedem Menschen gleich zukommt.

Das heißt wiederum nicht, dass keinem Respekt gezollt wird, sondern jedem der Größtmögliche. Die Probleme eines Tafelklässlers werden genauso ernst genommen, wie die Sorgen der Administratorin, Eltern lassen Lehrer in Ruhe arbeiten und Lehrer mischen sich nicht in private Dinge ein.

Von Wien nach Klaukkala

Von Liselotte Beran

Wenn man eine finnische Mama und einen österreichischen Papa hat, kann es wie auch in anderen Familien leider passieren, dass sich die beiden nach ein paar Jahren nicht mehr so gut verstehen und die finnische Mama mit den in Wien geborenen Kindern zurück nach Finnland geht.

So geschah es auch bei meinen Enkeln, Saara und Niko. Sie haben ein neues, schönes Zuhause in der Nähe von Helsinki in Klaukkala (Südfinnland) gefunden, ein Haus mit Garten und vielen netten Nachbarn, nur 1 km entfernt von einem See mit Sandstrand, im Winter auch zum Eislaufen, viel Wald, viele Radfahr- und Wan-



Am Liebsten würde ich hier bleiben, wo ich mich als Lehrerin direkt an einer Schule bewerben kann und nicht wie ein Objekt irgendwo hinplatziert werde. Wo ich in meiner Tätigkeit als Wissensvermittlerin geschätzt und nicht wie eine unqualifizierte Sozialarbeiterin behandelt werde. Wo ich weiß, dass schwachen Schülern geholfen wird. Vorerst kehre ich heim, um mein Studium abzuschließen. Daneben werde ich meine Finnischkenntnisse vertiefen. Schließlich sucht man in Finnland momentan noch mehr Unterstützung an den Schulen.

*Quelle: derStandard.at, 24.05.13.
Marlene Gerber (23) ist Lehramtstudentin und arbeitete als Comenius-Assistentin ein Jahr lang an einer Schule in Finnland.*

derwege, 2 km zu einer Eishockeyhalle, in der mein siebenjähriger Enkel zum Icehockeyspieler „mutiert“, Ballettschule, Bibliothek, Supermarkt und natürlich auch eine Schule.

Beide Enkel sprechen natürlich sehr gut Finnisch, Saara, die nun Zehnjährige, hat in Wien schon 3 Jahre lang die Volksschule besucht und dort Deutsch lesen und schreiben gelernt. Niko den Kindergarten. Da in Finnland die Schule erst mit 7 Jahren beginnt, besuchte Saara im vergangenen Schuljahr wieder die 3. Klasse. Und der siebenjährige Niko die 1. Klasse.

Im April 2013 war ich anlässlich eines Elternabends für die 3. Klasse zu Gast in dieser Schule – sie heißt Klaukkala koulu und ist eine Peruskoulu, eine Gesamtschule, wie ja auch in Österreich die Grundschule eine Gesamtschule ist. Allerdings sechstufig, Alter der Schüler 7 bis 12. Die Schulpflicht dauert 9 Jahre, also von 7 bis 15. Danach kann man eine Ammattikoulu (Berufsschule) oder Lukio (Gymnasium oder High-School) wählen.

An dem Elternabend nahmen Eltern und Kinder teil. Ich hab' natürlich kein einziges Wort verstanden, aber trotzdem viele positive Eindrücke gewonnen:

◆ *Die Direktorin und die Lehrerin sprachen ruhig, langsam und sorgfältig zu allen aktuellen Themen. Sie machten auch Nachdenkpausen, was sie mir sofort als erstklassige Lehrerinnen aus-*

wies.

◆ *Dann bildeten Kinder und Eltern fünf Gruppen und sollten drei Punkte aufschreiben, die sie für sehr positiv hielten und drei weniger gute.*

◆ *Die Gruppenzusammensetzung wurde aber immer wieder (freiwillig) verändert, sodass Kinder und Eltern schon untereinander manches diskutierten konnte bzw. sich die das Eine oder Andere schon verstärkt oder abgeschwächt hatte.*

◆ *An der Tafel sammelte die Direktorin schriftlich aus jeder Gruppe die wichtigsten Themen, die auch von Kindern vorgetragen wurden, nicht nur von Müttern oder Vätern.*

Es gab dann noch eine Endrunde an Diskussionen, die die Probleme reihte und zu denen die zwei verantwortlichen Kolleginnen versprachen, sich um Änderung zu kümmern.

Natürlich wurde ich dann noch von der Direktorin in der Schule herumgeführt und durfte die Klassenräume meiner Enkel besichtigen. Das Gebäude ist in zwei Etappen entstanden – sie haben ca. 360 Schülerinnen und Schüler – in den 1950er und in den 1970er Jahren, wurde dann vor wenigen Jahren total modernisiert, sodass man glaubt, eine funkelneue, sehr schöne Schule zu betreten. In den Klassen sind durchschnittlich 20 Schüler.

Die Ausstattung ist auch auffallend, besonders die Tische. Jedes Kind hat einen einzelnen Tisch, und sowohl dieser als auch der

Sessel sind höhenverstellbar! Ich sah in den Klassen auch viele Bücher und Zusatzlehrmittel. So richtige Lese- oder andere Themenecken konnte ich nicht entdecken, aber das lag vielleicht an der späten Stunde meines Besuchs. Auch Fragen nach Freiarbeit oder Offenem Lernen waren mir aus diesem Grund nicht möglich.



Sie haben auch sechs Klassen für Kinder mit (kleineren) Lernschwierigkeiten, in der spezielle Lehrer unterrichten. Diese Kinder sollen nach einiger Zeit der speziellen Förderung wieder in eine „normale“ Klasse eingeordnet werden. Wenn ein Kind das in Anspruch nimmt (z. B. nur für einen Gegenstand) müssen die Eltern zustimmen und ein offizielles Papier unterschreiben, denn das kostet mehr Geld seitens des Schulerhalters. Die Teilnahme an so einer speziellen Förderung wird immer in der Schullaufbahn dieses Kindes aufscheinen, egal welche Schulen oder Universitäten es nachher noch besuchen wird. Also das halte ich für nicht sehr sozial, aber so ist es in Finnland. In diesen Klassen sind maximal zehn Schülerinnen und Schüler und es

geht sehr friedlich zu.

In der 3. Klasse beginnen die Kinder mit Englisch (2 Stunden pro Woche). Meine Enkeltochter fadisiert sich in den Englischstunden, denn sie hatte schon 3 Jahre Englischunterricht in Wien und auch vorher 3 Jahre im Kindergarten, aber ihre Lehrerin macht für sie auch ein Zusatzprogramm. Es gibt auch Schulen, die mit Deutsch als erster Fremdsprache beginnen, die für meine Enkelkinder ideal wären, aber die sind weit weg von Klaukkala.

Auf der 5. Schulstufe kann man eine zweite Fremdsprache dazu nehmen (Französisch, Schwedisch, Deutsch, Spanisch, Russisch etc.). Diese wird dann 3 Stunden pro Woche unterrichtet. Ab der 7. Schulstufe muss jedes Kind Schwedisch lernen und ab der 8. Schulstufe kann man sich noch eine andere Sprache aussuchen.

Jeder Lehrer unterrichtet alleine in seiner Klasse, jedoch gibt es auch Koulunkäyntiavustaja. Das sind Schulhelfer, die keine Lehrerausbildung haben. In den ersten und zweiten Klassen sind stundenweise die meisten Schulhelfer, in den Klassen mit 10 Schülern gibt es immer einen Schulhelfer. Meine Schwieger-tochter arbeitete auch einige Zeit als Schulhelfer. Sie unterrichtete beispielsweise Englisch alleine in höheren Klassen bei Teenagern, da es dort auch ein bisschen Lehrermangel zu geben scheint. Manchmal gibt es auch so etwas wie „Team-Teaching“ zwischen den „normalen“ und den speziellen Klassen, sodass die Schüler dann wieder gemischt sind. Aber

das braucht viel Vorbereitungsarbeit und ist nicht die Regel.

Meine Enkelkinder lieben besonders die Lehrer. Mein Enkel hat einen „sanften Engel“, der nie die Stimme erhebt und für alles vollstes Verständnis hat. Meine Enkelin ebenso. Sie schätzt das ganz besonders, denn in Wien war sie zwar in einer der besten Schulen, aber sie hatte gerade jene einzige Lehrerin dieser Schule, der man das Engelhafte nicht nachsagen kann. Alle anderen wären auch traumhaft gewesen. C'est la vie!

Wunderbar finden beide Kinder, dass sie jede Pause im Freien verbringen dürfen. Das Essen, auch das Mittagessen, ist fast gratis und die Kinder halten es möglichst kurz, damit sie anschließend noch viel Zeit im Freien verbringen



können. Ganz am Beginn der finnischen Schullaufbahn musste meine auch fast engelhafte Enkelin trotzdem einmal nachsitzen. Sie hatte eine Hausübung vergessen oder Ähnliches. Das hat mich sehr verwundert, weil sie dann auch mit einem späteren Schulbus heimfahren musste und ihre Mama nicht davon unterrichtet war. Aber das ist durchaus üblich in Finnland.

Leider können meine Enkelkinder nicht zu Fuß in die Schule gehen, denn das wäre zu weit weg. Um zum Schulbus zu gelangen, müs-

sen sie ein kurzes Stück auf einer äußerst stark befahrenen Straße gehen, was in Anbetracht der morgendlichen und nachmittäglichen Dunkelheit in den kühlen Monaten riskant ist. Auch für jene Kinder, die nicht den Bus benutzen, sondern mit dem Rad in die Schule fahren. Es hat dort, wo meine Enkelkinder wohnen, schon mehrere Elterninitiativen gegeben, denn ein ganz kleiner Umweg des Schulbusses würde den Kindern das gefährliche Wegstück ersparen, aber bis jetzt ohne Erfolg.

Leider gibt es, zumindest in der Gegend von Klaukkala, keine

Ganztagschule, obwohl fast alle Mütter (wie auch sonst in ganz Finnland) berufstätig sind. Auch der Hort ist nur für Kinder der ersten Klasse erlaubt, mangels höherer Kapazitäten. Alle anderen Kinder fahren nach dem Mittagessen in der Schule (so ca. um 14 Uhr) mit dem Bus oder Rad heim und sind alleine zu Hause, bis Mama und/oder Papa heimkommen.

Ganz besonders schön für die finnischen Kinder sind die extralangen Sommer-Ferien, die am 1. Juni beginnen und 10 Wochen dauern ... dafür gibt es zu Weihnachten und zu Ostern nur sehr

kurze Pausen. In den langen Ferien sollen die Kinder möglichst viel Sonne tanken, denn das ist für ihre Gesundheit ganz wichtig. Viele, viele finnische Kinder schlucken regelmäßig Vitamin-D-Präparate aus diesem Grund.

Für mich ist es eine große Freude, meine Enkelkinder in Finnland schulisch erstklassig betreut zu sehen und ich bedanke mich sehr herzlich für alle Informationen bei meiner Kollegin Anne-Mari in Klaukkala!

... und was wir daraus lernen können

Von Dieter Grillmayer

Der Zeitungsartikel „Ein Schuljahr in Finnland“ wurde/wird von der Gesamtschul-Lobby ganz sicher als eindeutiger Beleg für die Überlegenheit der von ihr präferierten Schulorganisation hochgejubelt, auch durch den Bericht „Von Wien nach Klaukkala“ wird sie sich bestätigt fühlen. Was sie dabei – bewusst oder unbewusst – übersieht, das sind die vielen Begleitumstände und Maßnahmen, die alle auch in meinem Buch „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“ vorkommen und für Österreich angeregt werden und die sich in Finnland offenbar positiv auswirken. Ich fasse kurz zusammen: Schulstrafen, also effiziente Disziplinierungsmöglichkeiten, „klassischer“ Unterricht statt Modetorheiten, Leistungsprinzip auf allen Ebenen, besondere Förderung lernschwacher Schüler, und vor allem ein gegenseitiges wertschätzendes Verhalten zwischen Lehrern, Eltern und Schülern. Bei uns wird das (der Reihe nach) als „Rohrstaberlpädagogik“, „altmodisch“, „repressiv“ und „Ghettoisierung“ verteufelt, frechen Schülern und anmaßenden Eltern stehen die Lehrer machtlos und von ihren Vorgesetzten vielfach im Stich gelassen gegenüber. Die Lehrgewerkschaft hätte es in der Hand, im Zuge der Verhandlungen zum Lehrerdienstrecht Reformen (z. B. des Schulunterrichtsgesetzes) zu verlangen, die den Lehrern Unterrichtserfolge garantieren und die Wertschätzung zurückgeben, die ihnen zusteht; sie versagt aber zum wiederholten Male in dieser Hinsicht. Gegenüber den hierorts herrschenden Missständen ist die Schulorganisation vergleichsweise nebensächlich. Und so „sozial“, wie sich manche österr. „Bildungsexperten“ das ideale Schulsystem vorstellen, geht es in Finnland offenbar auch nicht zu. Alles in allem: Wenn wir von den Finnen etwas lernen können, dann, wie Gesamtschule – trotz ihrer strukturbedingten Defizite – funktionieren kann. Die NMS hingegen erfüllt diese Bedingungen nicht, ist daher kein Ersatz für eine gegliederte Mittelstufe. Ceterum censeo: Die NMS ist zum Scheitern verurteilt.

VP-Landeschefs stellen sich gegen Bundespartei

Der soeben gewählte Salzburger ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer setzt die schwarze „Westachse“ mit seinen ÖVP-Amtskollegen Markus Wallner (Vorarlberg) und Günther Platter (Tirol) bei der heiklen Frage der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen fort. Wie die beiden anderen Landeshauptleute plädiert Haslauer in den „Vorarlberger Nachrichten“ für eine gemeinsame Schule bis zum 14. Lebensjahr. Alle drei Landeschefs sind sich dabei im Klaren, dass dieses Vorgehen völlig konträr zur ÖVP-Linie im Bund läuft.

Anders als in der ÖVP-Zentrale in Wien sei man in Salzburg der Meinung, „dass im Endausbau Realgymnasien keine Unterstufe mehr brauchen, dort reicht die Neue Mittelschule aus“, wird Haslauer zitiert. In Hallein gebe es bereits einen entsprechenden Schulversuch. Die Bildungspolitik sei ein „entscheidendes Thema für die Weiterentwicklung“, sagt Haslauer auf die Frage, ob sich die Bundes-ÖVP in dieser Frage bewegen solle.

Quelle: „Kurier“-Online 3. Juli 2013

Sehr geehrter Herr LH Haslauer!

Nun fallen auch Sie Ihrer Bundespartei in den Rücken, eine Folge der Koalition mit den Grünen? Wie kommen Sie zu der Ansicht, die Neue Mittelschule (NMS) könne die (real)gymnasiale Unterstufe ersetzen? Wissen Sie nicht, dass die NMS noch überhaupt nicht evaluiert ist bzw. das Wiener Modell der KMS, an das sich die NMS anlehnt, bei allen Vergleichen schlechter abgeschnitten hat als die zweite Leistungsgruppe der Hauptschulen? Außerdem werden der NMS in Kürze die Lehrer ausgehen. Die ganze Schmied'sche Schulpolitik wird im Chaos enden, aber da wird sie nicht mehr im Amt sein.

Bei den nationalen Bildungsstandards (Mathematik 8. Schulstufe) hat die AHS-Unterstufe um ca. 100 Punkte (20 %) besser abgeschnitten als die Hauptschule, wo die Ergebnisse der wenigen NMS-Klassen hineingerechnet worden sind. Auch unter der (unbewiesenen) Annahme, das Niveau in der Hauptschule/NMS ließe sich heben, wenn alle Schüler dort hin gehen, käme es immer noch lange nicht an das Niveau der jetzigen AHS-Unterstufe heran. In der Beilage übermittle ich einen FAZ-Artikel, demzufolge die Inklusion, sprich das NMS-Modell, begabte Schüler weit hinter ihren Möglichkeiten zurücklässt. Wollen Sie die über dem Durchschnitt Begabten wirklich derart schädigen, letztlich zum Schaden Österreichs und seiner Wettbewerbsfähigkeit? Schauen Sie über die Grenze nach Deutschland, da hat man aus PISA die richtigen Lehren gezogen, die Ergebnisse werden immer besser, das achtjährige Gymnasium steht völlig außer Streit, bei uns geht es hingegen immer weiter bergab. Wollen Sie das wirklich?

Mit freundlichen Grüßen
HR Mag. Dieter Grillmayer
ehem. Direktor des BRG Steyr

Beilage:
PULSS-Studie, abgedruckt in der „Freien Meinung“, Folge 2/2013

Sehr geehrter Herr Hofrat!

Danke für Ihre Schreiben. Gerne möchte ich Ihnen folgende Informationen zukommen lassen.

Bildung ist zentrales Thema meiner bürgerlichen Politik. Denn eine gute Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, sinnerfülltes Leben. Deshalb stehe ich zu einem differenzierten, leistungsorientierten und durchlässigen Bildungssystem, das echte Wahlfreiheit ermöglicht.

Auch wenn ich erst seit 19. Juni mit den Bildungsagenden innerhalb der Salzburger Landesregierung betraut bin, so beschäftigt mich als Obmann der Salzburger Volkspartei das Bildungsthema seit vielen Jahren. Schon vor drei Jahren hat die Salzburger Volkspartei auf breiter Basis ein Reformpapier erarbeitet, das unter anderem die flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule sowie eine bessere Lenkung der Schülerströme fordert, aber auch ein klares Bekenntnis zur Langform des Gymnasiums enthält. Ziel ist es, Gemeinsamkeiten zu stärken, ohne das differenzierte Schulsystem in dieser Altersstufe aufzulösen. Die Langform der AHS kann aber aus meiner Sicht nur erhalten bleiben und sogar ausgebaut werden, wenn sie sich stärker als bisher spezialisiert. Der im Regierungsprogramm enthaltene Schulversuch der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen steht dazu in keinem Widerspruch und kann natürlich nur in Abstimmung mit möglichen Standorten und nach gründlicher Vorbereitung durchgeführt werden.

Das Ziel der neuen Salzburger Landesregierung ist es, wie im Regierungsübereinkommen festgehalten, fern jeglicher ideologischer Mauern das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Ich bin jedenfalls bereit für eine offene inhaltliche Diskussion ohne Scheuklappen, denn ich will stets die beste Bildung für die junge Generation ermöglichen und freue mich, wenn wir hier in einen fruchtbaren Diskussionsprozess eintreten.

Mit den besten Grüßen
Dr. Wilfried Haslauer

NAbg. Dr. Walter Rosenkranz zum Thema:

Zur plötzlichen Forderung von Salzburgs Landeshauptmann Haslauer nach einer Gesamtschule meint FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Walter Rosenkranz: „Damit hat Haslauer wieder einmal eindrucksvoll bewiesen, dass auf die ÖVP kein Verlass ist. Haslauer ist schon der dritte ÖVP-Landeshauptmann, der eine Gesamtschule fordert“, so Rosenkranz.

„Wie die Dominosteine fallen vom Westen her die ÖVP-Organisationen um bis zu Obmann Spindelegger. Da helfen die vollmundigen Ankündigungen Spindeleggers gar nichts. Der Untergang des Gymnasiums ist damit wohl besiegt.“ Alle Lehrer, Eltern und Schüler, die Interesse an einem qualitativ hochwertigen österreichischen Bildungssystem hätten, sollten sich das bis zu den Wahlen (und darüber hinaus) merken. Rosenkranz: „Wenn es darum geht, sich bei SPÖ oder den Grünen einzuschmeicheln, dann kennt die ÖVP keine Tabus oder eigene Parteipositionen mehr. Somit ist klar, dass die FPÖ als einzige Parlamentspartei für ein differenziertes Schulsystem und den Erhalt der Gymnasien eintritt.“

Schmied will neues Lehrerdienstrecht für die Gesamtschule

Von Josef Pasteiner

Bei einer wirklichen Reform des Lehrerdienstrechtes wäre es sehr wichtig, dass die derzeit zahnlosen Durchgriffsrechte der Lehrer gegen disziplinlose und aggressive Schüler deutlich verbessert werden. Das kümmert BM Claudia Schmied jedoch nicht. Der linken Ideologin ist nur das zum Dienstrecht gehörende Besoldungsrecht der Lehrer ein Anliegen.

Bisher gibt es für alle Lehrer an den Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen, sowie AHS und BHS ein unterschiedliches Gehaltsschema entsprechend ihrer Ausbildung und beruflich zeitlichen Belastung. Die Kämpferin für die Gesamtschule will, dabei unterstützt von Beamtenministerin Heinisch-Hossek und Finanzministerin Fekter, dass zukünftig alle Lehrer gleich bezahlt werden, wobei die Voraussetzung die schon beschlossene gleiche Lehrerausbildung ist. Statt bisher 22 Stunden an den Pflichtschulen und 20 Stunden an den AHS und BHS sollen künftig alle Lehrer 24 Stunden pro Woche unterrichten.

Die geplante Mehrarbeit von 10 % bei den Pflichtschullehrern und 20 % an den Höheren Schulen liegt dabei unter der Forderung von ÖVP-Finanzministerin Fekter, die sogar „30 % mehr Arbeitszeit und 20 % mehr Gehalt“ auf ihrer Forderungsliste hat.

Derzeit werden alle Unterrichtsfächer annähernd nach ihrem tatsächlichen Arbeitsaufwand bewertet. So muss ein Professor

an der AHS und BHS, der ausschließlich Schularbeitsfächer unterrichtet, wöchentlich nur 18 Stunden unterrichten, während ein Turnlehrer 24 Stunden für die fiktiven 20 Wochenstunden benötigt. Dieses gerechte System will Schmied durch 24 Unterrichtsstunden für alle ersetzen, wobei die Lehrer mit sehr arbeitsintensiven Schularbeitsfächern pro Wochenstunde ein Zulage von bis zu 36 € erhalten. Damit könnten diese Lehrer ihr Gehalt um bis 700 € Brutto im Monat erhöhen.

Schmied's neues Gehaltsschema bedeutet somit nicht mehr Gleichheit, sondern eine totale Ungleichheit im wöchentlichen Arbeitsaufwand der Lehrer, sowie in der Bezahlung nach den Unterrichtsfächern. Wie die schon im



bisherigen System sehr gestressten Lehrer mit Schularbeitsfächern diesen Arbeitsaufwand bewältigen sollen ist mehr als fraglich. Bereits jetzt kämpfen 30 % der Lehrer mit Burn-Out Problemen. Die Gewerkschafter fordern daher, in Berufung auf einen OECD-Bericht, österreichweit 13.000 Sekretäre, Schulpsychologen usw. zur Entlastung der 125.000 Lehrer, was BM Schmied jedoch ablehnt. Ihr einziges Zuge-

ständnis ist, dass Lehrer mit Spezialverpflichtungen z. B. Klassenvorstände zukünftig „nur“ 23 Stunden unterrichten müssen. Ihr neues System baut darauf, dass die Lehrer bisher zu wenig arbeiten und dass man mehr als 10 % der Lehrerdienstposten einsparen kann. Mit dem so eingesparten Geld möchte sie den Ausbau der Gesamt- und Ganztagschule vorantreiben.

Durch die langjährigen prozentuellen Gehaltserhöhungen klappt der Verdienst der Junglehrer und Altlehrer weit auseinander. Dies will Schmied durch eine Erhöhung der Anfangsgehälter der Pflichtschullehrer um 400 € Brutto und bei AHS, sowie BHS um nur 200 € vereinheitlichen, sowie ein abgeflachte Gehaltskurve mit deutlich niedrigerem Entgelt. Im Endeffekt bedeutet dies für die Professoren an den Höheren Schulen eine nicht akzeptable Verringerung der Lebensverdienstsumme um bis zu 400.000 €, was von den Gewerkschaftern nicht akzeptiert werden kann. Eine Einigung mit Schmied ist daher nicht in Sicht.

Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

ist der Obmann der Freiheitlichen Lehrer in N.Ö. sowie FPÖ – Mandatar im Kollegium des Landesschulrates für N.Ö.

HTL-Professor und Handarbeitslehrerin nicht vergleichbar?

Von Sibylle Hamann („Die Presse“)

Absicht war dieser Satz wahrscheinlich nicht: „Eine Handarbeitslehrerin in der Volksschule ist nicht mit einem Technikprofessor an der HTL vergleichbar“, sagte Maria Fekter. Sie meinte die Verhandlungen über das neue Lehrerdienstrecht. Doch dieser Satz verdient es, genauer untersucht und gewürdigt zu werden.

Vier Hierarchiepaare stecken drin. Das erste: Volksschule und HTL, die kleinen und die großen Kinder also. Mit kleinen Kindern zu arbeiten sei weniger wert als mit großen Kindern zu arbeiten – darüber herrscht in Österreich Konsens. Es bringt weniger Prestige und weniger Geld. Aber warum eigentlich? Daran, dass das kleine Einmaleins leichter ist als die Integralrechnung, kann es nicht liegen. Ist es etwa leichter, Kindern Ersteres beizubringen? Braucht es dafür weniger Gespür, weniger didaktische Fähigkeiten, weniger soziale Kompetenz?

Eher ist es umgekehrt: je jünger die Kinder, desto größer die Verantwortung. Was im Kleinkindalter passiert (oder nicht passiert), legt schließlich den Grundstein für den gesamten weiteren Bildungsweg. In anderen Branchen wird mehr Verantwortung mit mehr Geld und Ehre belohnt, oder?

Verwandt mit diesem Hierarchiepaar ist das zweite: die Lehrerin und der Professor. Ja, da legt die AHS-Lehrergewerkschaft viel Wert drauf, dass die beiden nicht miteinander verwechselt werden.

„Professor“ nennt man im anglo-amerikanischen Raum einen Hochschullehrer mit einem PhD oder einer Habilitation. In Österreich reicht dafür ein Magistertitel. So billig dieser Professor zu erwerben ist, so hartnäckig wird er verteidigt, denn nur er garantiert den Distinktionsgewinn gegenüber Pflichtschullehrern. Gerade dann, wenn sonst kein Unterschied besteht; gerade dann, wenn beide vor ähnlichen Kindern stehen und nach demselben Lehrplan dasselbe unterrichten, sei es Integralrechnung, Biologie oder Werken.

Womit wir beim dritten Hierarchiepaar sind: Handarbeiten und Technik. Ersteres gibt es ja streng



genommen gar nicht mehr. „Technisches und textiles Werken“ heißt das Fach, und da wäre beides, das Häkeln und die Laubsägearbeit, theoretisch auf gleicher Hierarchiestufe vereint.

In unseren Köpfen schaut das jedoch anders aus, auch in unserem Sprachgebrauch – und in den Kollektivverträgen. Mit „Technik“ ist meistens die Metallindustrie gemeint, ein IT-Betrieb, ein Werkzeugmacher oder eine Automobilfabrik. Dort sind gut be-

zahlte Facharbeiter am Werk. Eine Textilfabrik oder Näherei hinge-



gen zahlt deutlich weniger. Weil „Handarbeiten“ weniger wert ist als andere Arten Handarbeit? Weil man damit die häkelnden Mädchen aus der Volksschule assoziiert? Oder warum sonst?

Das letzte Hierarchiepaar entlarvt sich an dieser Stelle beinahe von selbst. Die Handarbeitslehrerin (mit den kleinen Kindern) ist eine Frau, der Technikprofessor (mit den großen) ist ein Mann. Und so selbstverständlich der Unterschied zwischen ihren Geschlechtsmerkmalen, so selbstverständlich erscheint uns, dass der eine mehr verdient als der andere. Was die beiden tun, sei „nicht vergleichbar“, heißt es. Und wenn doch, dann geht der Vergleich immer zu seinen Gunsten aus.

An genau diesen vier Schiefen hakt es – nicht nur in unseren Schulen, sondern auch in unserer Arbeitswelt. So präzise wie Maria Fekter hätte das keine Gender- oder Bildungsforscherin auf den Punkt gebracht.

Quelle: „Die Presse“, Print-Ausgabe, 26. Juni 2013

Meister wird Master

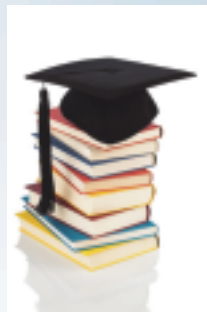
Von Franz-Josef Etzelstorfer

Ich glaube, jetzt schüttet man das Kind mit dem Bade aus. Worum geht es? Es geht um die neue Lehrerausbildung, die letzten Endes auch eine Verbesserung der Bildung unserer Kinder mit sich bringen soll. Ich möchte hier nicht die Idee einer neuen Lehrerausbildung in Frage stellen. Ich gehe hier nur auf die neue Lehrerausbildung in einem speziellen Bereich ein, auf den Berufsschullehrer der Zukunft.

Der Berufsschullehrer im gewerblichen Bereich war bis jetzt immer ein ausgebildeter Meister mit einer mehrjährigen Praxis und sehr oft aus dem selbstständigen Bereich kommend. Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem selbstständigen Bereich, mit dem dementsprechenden Wissen und Können der Berufspraxis, waren aus idealistischer Sicht bereit, die alte bisher gepflegte Ausbildungspraxis auf sich zu nehmen. Die meisten Berufsschullehrer traten mit dem

30. Lebensjahr parallel zum Betrieb in den Schulbetrieb ein.

Die Kollegen aus dem selbstständigen Bereich, mit denen ich immer wieder im Erfahrungsaustausch verkehre, meinen zu den nun vorliegenden Plänen: Anscheinend möchte man keine Praktiker mehr im Berufsschulbe-



reich haben. Die neue Ausbildung würde das Eintrittsalter um mindestens 5 Jahre nach oben verschieben. Ein gewerblicher Meister, der einen Betrieb führt, hat sicher nicht die Zeit, neben seiner Tätigkeit als selbstständiger Meister, im Unterricht stehender Lehrer, zusätzlich noch fünf bis

sieben Jahre zu studieren, um letztlich zu seinem Meister auch noch den Master als Berufsausbildung vorweisen zu können.

Nachdem es ja auch ausgebildete Meister, oder nach einer Insolvenz selbstständige Meister im Angestelltenbereich gibt, wird man vermehrt auf diese zugreifen müssen. Diese Meister werden sich vielleicht auch mit dem sinkenden Gehalt eines Lehrers zufrieden geben. Die umfangreiche Erfahrung eines gewerblichen Meisters (Lehrlingsausbildung, Mitarbeiterführung, Kundenbetreuung, Einsatzbereitschaft, Kaufmännische Kenntnisse, ...) gehen damit verloren. Vielleicht würde ein Abschluss bis zum BaEd auch reichen.



Kein katastrophales Lehrerdienstrecht!

Den folgenden Leserbrief veröffentlichte „Die Presse“ am 8. August 2013

Die „Presse“ beansprucht, eine Qualitätszeitung zu sein, und deshalb habe ich sie abonniert. Diesen Anspruch kann jedoch der Artikel von M. Fleischhacker vom 29.7.2013 zum Lehrerdienstrecht nur teilweise erheben. Zwar erkennt er richtig, „das neue Lehrerdienstrecht gilt als

Voraussetzung dafür, dass man die Gesamtschule umsetzen kann“, wofür als Voraussetzung die gleiche Entlohnung und Ausbildung aller Lehrer gilt. Womit er aber völlig falsch liegt ist die Feststellung, dass die Lehrgewerkschafter „nicht annähernd in der Lage sind, einen sinnvollen Beitrag zur Verbesserung des österreichischen Schulsystems zu leisten“. Daher solle man ihnen das Thema Schule vollständig aus

der Hand nehmen. Wer ist „man“? Etwa die linken Pseudoschulexperten für die Gesamtschule Salcher, Schilcher, Androsch, Glattauer oder die völlig inkompetenten ultralinken Ministerinnen Schmied und Heinisch-Hosek mit dem Scheinstudenten Faymann? Vielmehr sind die wahren Experten doch Leute wie der AHS-Lehrgewerkschafter Eckehard Quin. Es ist dankenswert, wie sie bisher dem politischen Druck von

Interessiert?

**Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
Sie möchten mit uns diskutieren?
Sie interessieren sich für uns?**

**... nur mal kontaktieren?
Schreiben Sie an eine dieser Adressen
oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at**

**Sie möchten beitreten und mitmachen?
Bitte sehr, gerne!
Beitrittserklärung ausfüllen oder
einfach nur Mail schicken!**



SPÖ- und ÖVP-Politikern, ein Ja zur Zerstörung unseres eigentlich ausgezeichneten Schulsystems zu sagen, widerstehen. Der linke Plan ist, die Arbeitszeit der Lehrer um bis zu 40% zu erhöhen, mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ca. 60 Stunden und gleichzeitig die Lebensverdienstsumme herabzusetzen, um damit die Gesamt- und Ganztagschule zu finanzieren. Dies wird den bereits beginnenden Lehrermangel gigantisch ver-

schärfen, so dass man zukünftig froh über jeden Trottel sein muss, der bereit ist, diesen Job anzunehmen.

Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner,
Wr. Neustadt

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8510 Stainz, Anna-Plochl-Straße 5
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag. Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner



Deutsch für Anfänger

Unter diesem Titel schrieb Birgit Braunrath im „Kurier“ vom 24. Mai 2013 die folgende Glosse, die auf die längst überfällige Einigung von SPÖ und ÖVP zur Einschulung von Schülern mit mangelhaften Deutschkenntnissen Bezug nahm.

Endlich nimmt sich die Regierung des Problems mangelnder Deutschkenntnisse bei Volksschülern an. Bisläng überließ man das Thema ja weitgehend der FPÖ-Polemik, die die Schuld werbewirksam bei „den Ausländern“ suchte statt im Bildungssystem. Ein Land, bei dem ein Viertel der Sechsjährigen daheim nicht Deutsch spricht, sollte bereits im Vorschulbereich wirksame Fördermaßnahmen setzen und nicht zulassen, dass Kindern der Schwarze Peter zugeschoben wird. Doch längst sind es nicht nur Kinder mit anderer Muttersprache, die kaum Deutsch können. Auch Kinder aus „bildungsfernen Schichten“, wie es Schulexperte Andreas Salcher ausdrückt, sind des Deutschen kaum mächtig. Erwachsene ebenso, nur fallen die im Rahmen der Volksschule nicht mehr auf. Und sogar manche Politiker schaffen es kaum noch, eine grammatikalisch un-fallfreie Rede oder einen Plakattext in einwandfreiem Deutsch abzufassen. Übrigens erstaunlich häufig jene, die lautstark trommeln, Deutschkenntnisse seien unabdingbar, um in Österreich leben zu dürfen.

Dieser polemisch-unsachliche Kommentar verlangte nach einer Reaktion, die in Form eines Leserbriefs (27. Mai 2013) wie folgt ausfiel:

Liebe Frau Braunrath!

Per E-Mail vom 28.05.13 reagierte Frau Braunrath mit folgenden Zeilen:

Sehr geehrter Herr Grillmayer,

Danke für Ihre Reaktion auf meine Glosse zum Thema Deutschkenntnisse. Ich streite nicht ab, dass alle Parteien – egal, wer an der Regierung war – dieses Problem nicht entsprechend wichtig genommen haben.

Tatsache ist aber, dass die FPÖ das stets als willkommenes Thema betrachtet hat, Stimmung gegen Menschen mit anderer Muttersprache zu machen. Dies in Abrede zu stellen, hieße, Scheuklappen zu tragen.

Was mir aber wirklich wichtig ist zu betonen: Ghettoklassen sind ganz sicher nicht die Lösung. Sondern im besten Fall die Etablierung eines neuen Problems. Im schlimmsten Fall der Grundstein einer tief gespaltenen Gesellschaft, die ihre Ressourcen – zwei- und mehrsprachige Menschen – nicht nützt, sondern verkommen lässt.

Mit freundlichen Grüßen,
Birgit Braunrath

Bitte können Sie mir konkret sagen, wann die FPÖ „den Ausländern“ die Schuld an der österr. Schulmisere zugeschoben hat und nicht einer seit vielen Jahren säumigen Bundesregierung? Sie bejubeln jetzt eine Maßnahme, die um mindestens 20 Jahre zu spät kommt, weil SPÖ und Grüne zwei Jahrzehnte lang gegen diese FPÖ-Forderung mit dem strohdummen Argument von den „Ghettoklassen“ polemisiert haben. Näheres dazu finden Sie in meinem Buch „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“, Seite 120 bis 125, das in Ihrer Redaktion irgendwo unbeachtet vergammelt.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Grillmayer

Die Antwort (29.05.13) fiel folgendermaßen aus:

Sehr geehrte Frau Braunrath!

Danke für Ihre Antwort, die mir zeigt, dass Ihnen das Thema wichtig ist – mir auch, aber ich komme zu anderen Schlüssen. Man mag die FPÖ aus verschiedenen Gründen für unwählbar halten, ihre sogenannte „Ausländerfeindlichkeit“ gehört m. E. nicht dazu. Wir haben ein Migrantenproblem und das anzusprechen ist legitim. Die Arbeiter in Favoriten erleben das täglich hautnah und verhalten sich bei Wahlen danach, die Bürgerlichen in Döbling können das Problem leichter verdrängen und außerdem wollen sie ja zu den „Guten“ gehören. „Ghettoklassen“ ist nicht mehr als ein untergriffiges Kampfwort aus dem linken Politsprech. Jetzt wird es solche „Sonderklassen zur Sprachförderung“ ja doch geben, und es werden Inländer- und Ausländerkinder gemeinsam hingehen, um dort Deutsch zu lernen, wie es schon seit 20 Jahren hätte sein sollen. Dann würden unsere PISA-Ergebnisse anders ausfallen!

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Grillmayer

Buchbesprechung

Jan Fleischhauer: UNTER LINKEN. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde.
Rowolt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg, August 2010, 384 Seiten, € 9,30.

Henryk M. Broder eröffnete seine Kritik zu diesem Buch mit dem Satz: *Verdammt, warum habe ich das Buch nicht geschrieben?* Mir geht es ähnlich, aber es dämmert auch die Erkenntnis, dass ich mich, zwar schreibgewohnt und nach Ansicht meiner Leser auch leidlich ausdrucksstark, mit einem gebildeten Profi höchstens in der Eigenständigkeit des Denkens messen kann, nicht aber im Wissensumfang und in der Fabulierkunst. Jan Fleischhauer wurde 1962 in eine gut situierte Hamburger SPD-Familie hineingeboren und ist seit mittlerweile 24 Jahren Redakteur beim „Spiegel“. Er schätzt Rudolf Augstein, aber auch Helmut Kohl und Martin Walser, umso weniger hält er von der „Zeit“, von der „Süddeutschen Zeitung“, von Günter Grass und von Heinrich Böll, den „Kardinal und Märtyrer“ der „neuen sozialen Heilsbewegungen“ (Schelsky).

Das Buch ist eine Generalabrechnung mit dem linken Zeitgeist, der von den „1968ern“ seinen Ausgang genommen hat und der heutzutage so penetrant die Politik- und Medienlandschaft durchweht, dass jede Kritik daran ein Labsal ist und man über manche Übertreibung gerne hinwegsieht. Besonders gekonnt nimmt der Autor das Links-Bürgertum „auf die Schaufel“. Vieles, worüber ich auch schon geschrieben habe, finde ich bei Fleischhauer wieder, allerdings (mit Ausnahme der Bildung) viel ausführlicher und origineller formuliert. Beispiel: *Unter Ingenieuren und Betriebswirten trifft man kaum Linke, vermutlich ein Grund, warum Deutschland beim Autobau noch immer führend ist.*

Jede Rezension ist Stückwerk, man muss dieses Buch selber lesen! Ich will in der FM daher nicht unnötig Seiten damit vergeuden. Auf der FLV-Homepage (www.flv.at) ist allerdings eine ausführliche, nach Kapiteln gegliederte Buchbesprechung nachzulesen. Dieser Text berührt auch einige politische Episoden der letzten 45 Jahre, an welche Linke heutzutage nicht mehr gern erinnert werden, weil dabei ihre Fehlleistungen besonders deutlich hervortreten. Weil einer Hamburger Studie zufolge, die auf einer Befragung von 1500 Journalisten beruht, 61,5 Prozent mit den Linksparteien und nur 15,5 Prozent mit CDU/CSU oder FDP sympathisieren, haben solche Reminiszenzen heutzutage Seltenheitswert.

Dieter Grillmayer

Radikalreform zur Rettung der Lehre

Von Anita Staudacher („Kurier“)

Egon Blum schlägt Alarm. Diesmal geht es dem ehemaligen Lehrlingsbeauftragten der Regierung und angesehenen Experten für innovative Ausbildungskonzepte um nichts weniger als die Rettung der Lehre. Diese EU-weit hoch gelobte Nachwuchsschmiede ist nämlich stark gefährdet, so sein Befund.

Egon Blum schlägt Alarm. Diesmal geht es dem ehemaligen Lehrlingsbeauftragten der Regierung und angesehenen Experten für innovative Ausbildungskonzepte um nichts weniger als die Rettung der Lehre. Diese EU-weit hoch gelobte Nachwuchsschmiede ist nämlich stark gefährdet, so sein Befund.

„Der Lehrstellenrückgang ist stärker als die Demografie, in zehn Jahren werden wir 60.000 weniger ausgebildete Facharbeiter haben“, schreibt Blum in seiner Broschüre an die Sozialpartner. Seine Erklärung: Seit 2008 gibt es 5.000 Lehrbetriebe und 13.200 betriebliche Lehrlinge weniger. Jeder fünfte Lehrling fällt bei der Abschlussprüfung durch und fast jeder vierte bricht die Lehre vorzeitig ab. Dazu kommt, dass wegen mangelnder Ausbildungsfähigkeit bzw. -bereitschaft mehr als 70.000 Jugendliche weder einen Lehrplatz in einem Betrieb finden noch eine weiterführende Schule besuchen können.

„Diese Problematik ist bekannt, aber die Politik will sie einfach nicht wahrhaben“, schimpft Blum und fordert ob der „alarmierenden Zahlen“ dringend neue Ausbildungswege, insbesondere für lernschwache Jugendliche.

Starthilfe

Konkret will der Experte die vom Staat mit viel Geld geförderten überbetrieblichen Ausbildungsplätze bei den AMS-Partnern zu staatlichen Kompetenzzentren für die Lehre ausbauen und enger mit den Betrieben verzahnen. Die Lehrlinge verbringen die ersten sechs Monate der Lehrzeit im Ausbildungs-Kompetenzzentrum, um sich fehlende Qualifikationen (Grundkenntnisse, Sozialkompetenz etc.) anzueignen. Danach wechseln sie verpflichtend in einen Ausbildungsbetrieb, der einen vorgebildeten Lehrling erhält und sich ein halbes Jahr an Ausbildungskosten erspart. Im Ausnahmefall kann der Verbleib im Kompetenzzentrum um weitere sechs Monate verlängert werden. Blum verweist auf ein erstes erfolgreiches Pilotprojekt in Vorarlberg im Bereich Holz-, Metall- und Malerberufe. Auch die Ausbildungsqualität könnte dadurch besser gewährleistet werden. Eine solche „Kombi-Lehre“ aus überbetrieblicher und betrieblicher Ausbildung ist zwar jetzt auch schon möglich, doch wird sie kaum genutzt.

Image

Sorgen bereitet Blum auch die mangelnde Identifikation heimi-

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Bundesorgan des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FÖLV, vertreten durch den Verbandsobmann. Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@uta-net.at und dgm@a1.net, Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

scher Politiker und Manager mit dem Lehrberuf. „In der Schweiz sind Menschen aus allen Gesellschaftsschichten stolz darauf, dass ihr Kind oder Enkel eine Lehre macht. In Österreich gibt es bedauerlicherweise einen gegenteiligen Trend.“ So lange die Lehre aber mit einem derart schlechten Image behaftet sei, hätten es selbst die guten Lehrbetriebe schwer, qualifizierten Nachwuchs zu bekommen.

Quelle: „Kurier“ vom 13. Juni 2013, Seite 9

Vorbild Schweiz – „Österreich zuerst“!

Die Schweizer Regierung hat beschlossen, dem Massenzug unter dem Deckmantel des Asyls einen Riegel vorzuschieben. Kirchen und Flüchtlingsorganisationen machten dagegen mobil, erzwangen eine Volksabstimmung über die bereits erfolgte Verschärfung des Asylrechts. Ergebnis: Die Regierung sprach mit ihrer härteren Gangart 80 Prozent der Eidgenossen aus dem Herzen.

„Die Österreicherinnen und Österreicher würden ähnlich abstimmen“, ist sich der FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sicher, „wir haben aber das Problem, dass SPÖ, ÖVP und Grüne Asylbetrügnern aus aller Welt den roten Teppich ausrollen, weil ihnen nahestehende Vereine mit der Betreuung dieser Menschen auf Kosten der Steuer- und Gebührenzahler höchst lukrative Geschäfte machen.“ Mit ihrem Weg der Massenzuwanderung durch die Hintertür entfernt sich die österreichische Bundesregierung Tag für Tag mehr von den eigenen Bürgern. Diese müssen aber dafür bezahlen und haben daher ein Recht, mitzureden.

Eine entsprechende Volksabstimmung muss daher auch in Österreich stattfinden. Wenn sich die Bundesregierung ihrer Sache sicher ist, kann sie eine solche jederzeit durchführen. Aber sie weiß genau, dass sie mit ihrem Weg Politik gegen das eigene Volk macht und die mündigen Bürger sie zu einer radikalen Kursänderung zwingen würden. Das will sie unbedingt vermeiden und deshalb riskiert sie das gleich gar nicht.

Die Schweizer haben zu 79 Prozent ein klares Signal gegen die Massenzuwanderung abgegeben. Das ist ein

Freunde oder Feinde?

Von Liselotte Beran

Da es derzeit selten positive Nachrichten aus dem Nahen Osten und Kleinasien gibt, ist es angebracht, auf den Artikel „Freunde oder Feinde?“ aus ZEIT LEO, dem Magazin der „ZEIT“ für Kinder von 10 – 14 Jahren, Ausgabe Mai/Juni 2013, besonders hinzuweisen.

In der israelischen Wüste gibt es die Hagar-Schule. In dieser Schule in Beer Scheva, die von einer Elterninitiative gegründet wurde, besuchen israelische und palästinensische Kinder die gleiche Klasse. Die Eltern entscheiden, was unterrichtet wird. Es gibt hier keine Noten, die Schule geht bisher bis zur fünften Klasse, aber jedes Jahr wollen die Eltern eine neue Stufe einführen.

Es begann in einer sehr alten Schule, die schön langsam von den Eltern verschönert wurde. Hier

hat jede Klasse eine israelische und eine palästinensische Lehrerin, die den Kinder zu erklären versuchen, dass man nicht um Land kämpfen muss, sondern es sich auch teilen kann. Neben den normalen Unterrichtsfächern haben die Kinder auch einen ganz besonderen Religionsunterricht, sie lernen nämlich das Judentum und den Islam kennen, alle Feste, alle Bräuche. Die israelischen Kinder lernen auch Arabisch (mehr als es in der Regelschule üblich ist) und umgekehrt.

Die Bibliothek ist als Schutzkeller ausgebaut, der die Kinder vor Bomben und Raketen schützen soll, zuletzt benützt im November 2012, denn die Erwachsenen schaffen das bekannterweise nicht im täglichen Leben, was für die Kinder der Hagar-Schule eine Selbstverständlichkeit ist: Friede.

deutliches Zeichen. Es ist richtig, dass die Fahnenflucht in der Schweiz künftig nicht mehr als Asylgrund anerkannt wird. Nach diesem Vorbild wird die FPÖ ein Zehn-Punkte-Programm gegen Zuwanderung präsentieren. „Österreich zuerst“ heißt das Motto auch noch 20 Jahre nach dem FPÖ-Volksbegehren von 1993. Asylbetrug darf keine Chance mehr in unserem Land haben, denn das kostet dem Staat Millionen. Für Wirtschaftsflüchtlinge, die nicht zuletzt unser Sozialsystem voll auskosten und sich auf Rechnung der Steuer- und Gebührenzahler in unseren Krankenhäusern behandeln lassen, darf und soll es keinen Platz mehr geben. Jene, die Asyl – also Schutz auf Zeit – brauchen, weil sie in ihrer Heimat zweifelsfrei politisch verfolgt werden, sollen es natürlich anstandslos weiterhin erhalten. Doch der Missbrauch gehört endgültig abgestellt.

Quelle: „Unzensuriert.at“

Zur politischen „Intelligenz“ der Grünen

Von Dieter Grillmayer

Der Stehsatz von der Intellektualität der Grünen und ihrer Politik wird dadurch nicht wahrer, dass er in den ihnen nahestehenden Medien – und das sind nach mehreren einschlägigen Untersuchungen fast alle – laufend zum Besten gegeben wird. So ist es nicht verwunderlich, dass die Grünen immer öfter nicht nur der SPÖ, sondern auch der ÖVP als Regierungspartner „angetragen“ werden. Auf Landesebene haben sich schwarz-grüne Koalitionen im Jahr 2013 vervierfacht und für den Herbst wird auch auf Bundesebene damit spekuliert. Das veranlasst mich, der behaupteten intellektuellen Qualität sowie der Frage nachzugehen, inwieweit eine Zusammenarbeit bürgerlich-demokratischer Parteien mit den Grünen praktikabel ist. Nach meinem Befund: Bei gesellschaftspolitisch relevanten Themen undenkbar! (In der Landespolitik sind solche Themen eher dünn gesät, weshalb die auf Landesebene mitregierenden Grünen, abgesehen von Wien, nicht negativ auffallen.)

Da ist zunächst einmal der grundsätzliche Widerspruch, einerseits die Natur besonders wertschätzen und schützen zu wollen, andererseits aber die menschliche Natur mit Füßen zu treten. Beileibe nicht das einzige, aber ein besonders drastisches Beispiel für dieses Verhalten ist das konsequente Negieren bzw. Verdrängen der Tatsache, dass Mann und Frau von Natur aus verschieden angelegt sowie darauf programmiert sind, sich fortzupflanzen. Damit

sind der „Gleichheit“ natürliche Grenzen gesetzt; die kühne Beauvoir'sche Behauptung, man werde als Frau nicht geboren, sondern von der (Männer-)Gesellschaft dazu gemacht, stößt bei allen natürlichen und selbstbewussten Frauen auf Ablehnung. (Der Journalist Volker Zastrow hat sinnigerweise vorgeschlagen, „Gender Mainstreaming“ mit „Politische Geschlechtsumwandlung“ zu übersetzen.) Und Homosexualität kann nicht mehr sein als eine gesellschaftlich akzeptierte Weigerung, zum Fortbestehen der Art beizutragen. Wer ein solches Verhalten anderen Lebenswürfen gleichwertig gegenüberstellt, der hat zur Natur ein gestörtes Verhältnis.

Gerne wird von diesem Widerspruch mit dem Hinweis auf eine „fortschrittliche“ Einstellung zu Staat und Gesellschaft, auf Liberalität und Kulturbewusstsein abgelenkt. Nun kann aber eine Missachtung vorgegebener Prämissen niemals zu einem menschlichen Fortschritt führen, wie ihn etwa Sir Karl Popper in seinem Buch „Alles Leben ist Problemlösen“ (München 1994, Serie Piper) definiert, sondern nur zu einer Katastrophe. Der von den Grünen vertretene „Liberalismus“ pervertiert diesen historisch untrennbar mit der Aufklärung verbundenen und also rational geprägten Begriff, auf das „Kulturbewusstsein“ der Grünen wird noch einzugehen sein.

Liberaler Vordenker von Rang sind immer von den anthropologischen

Gegebenheiten ausgegangen und haben diese bei ihren Vorschlägen zur Ausweitung individueller Freiheitsrechte stets mitberücksichtigt. Ein Paradebeispiel dafür ist Thomas Hobbes (1588 – 1679), der Urvater des (pragmatischen) englischen Liberalismus, von dem der Satz „Homo homini lupus“ stammt. Dieser bildet die Grundprämisse seiner Staatstheorie, wonach das menschliche Verhalten prinzipiell auf Selbsterhaltung, Lustgewinn und Machtentfaltung ausgerichtet ist. Da zudem die Menschen von Natur aus gleich sind (!) und alle das gleiche Recht auf Selbstentfaltung haben (!) führt das zu einem „Kampf aller gegen alle“. Erst durch Aufgabe bzw. Einschränkung dieses Naturrechts durch einen „Gesellschaftsvertrag“ werden Friedenssicherung und soziales Zusammenleben möglich.

Verwirklicht sind diese Vorstellungen im „Rechtsstaat“, der das Miteinander der Staatsbürger durch Gesetze regelt, die auf demokratischem Weg, also durch Wahl- und Mehrheitsentscheidungen zustande kommen, und der deren Einhaltung auch erzwingen darf. Dazu kommen heutzutage noch viele internationale Übereinkommen, die von den nationalen Parlamenten in den Rechtsbestand ihres Landes übernommen werden, wie etwa das Fremden- und insbesondere das Asylrecht. Eine „fortschrittlichere“ Alternative ist nicht vorstellbar, was sich zu den Grünen aber anscheinend noch nicht durchgesprochen hat. Laufende

Aufforderungen zum Rechtsbruch „um der Menschlichkeit willen“ und offene Sympathiebezeugungen für Gesetzesbrecher gehören ebenso zu ihrer „Politik“ wie Hetzkampagnen gegenüber allen, die sie deswegen kritisieren. Auch das ist kein Zeichen von intellektueller Potenz, ganz im Gegenteil. Mit ihrem rigorosen Eintreten für Zuwanderer aller Art treten die Grünen nicht nur Staatsbürgerrechte mit Füßen, sie schädigen damit auch die Reputation derjenigen „Ausländer“, die sich an die Gesetze halten.

In dem in FM 1/2013 nachgedruckten „Presse“-Aufsatz „Der Gesinnungsterror der grünen Meinungsjakobiner“ von Karl Weidinger wird die „Toleranz“ der Grünen wie folgt beschrieben: „Meinungsfreiheit endet dort, wo von der vorgegebenen Multikulturalismus-Doktrin abgewichen wird. Dann ist es schnell vorbei mit dem pluralistischen Demokratieverständnis. Abweichende Gesinnung wird zum Verbrechen. Rassismus ist keine Meinungsfreiheit. Die Erfüllung dieses Tatbestandes können nur die selbst ernannten Tugendwächter erkennen und folgerichtig bewerten. Jede abweichende Meinung kann als demagogisch und populistisch diffamiert werden. Schon erhebt sich der beherrschende Zeigefinger. Die Moralkeule ist bereit zum Niedersausen.“

„Heute ist für Linke und Grüne der Kampf gegen eine imaginäre Faschismus-Gefahr ohne Faschisten zur einzigen gruppen- und identitätsstiftenden Basis geworden“ schrieb Andreas Unterberger schon am 19. Mai 2001 dazu in der „Presse“. Tatsächlich überdeckt dieser Aktionismus die Tatsache, dass die Grünen in keinem Bereich der Politik solide Konzepte vorweisen können, die auch zu Ende gedacht sind und wenigstens in Ansätzen auf Erfahrungswerten beruhen. Von ihren wenigen Fachleuten hatte Monika Langthaler (Umwelt) bereits 1999 die Stutenbissigkeit ihrer Parteikolleginnen satt und ist ausgeschieden; in den letzten Jahren mussten dann Johannes Voggenhuber (Europapolitik) und Alexander van der Bellen (Wirtschaftspolitik) der „Frauenpower“ weichen. Wie wenig kompetent und eigenständig die Grünen an Bildungsfragen herangehen durfte ich in den sechs Jahren meiner Zugehörigkeit zum Kollegium des LSR für OÖ erfahren, wo ihre Vertreter blind die Politik der Großkoalitionäre mitgetragen und freiheitliche Initiativen „aus Prinzip“ ignoriert und niedergestimmt haben.

OStR. Mag. Michael Floiger formuliert in seinem Buch „Heimat Burgenland“ den folgenden Befund: „Was mich und viele Freiheitliche abstößt, ist die oberlehrerinnenhafte Besserwissererei der Grünen, gepaart mit

Naivität und Intoleranz gegenüber anderen Meinungen. Ihr manchmal schwer erträglicher Fundamentalismus resultiert vielfach aus schlichter Unkenntnis freiheitlicher Traditionen und Positionen.“

Damit wird ein signifikantes Merkmal grünen Kulturverständnisses angesprochen, nämlich die Geringschätzung alles Gewesenen. Die Geschichte sei ohnehin eine Aufeinanderfolge von Irrtümern und daher nicht wert, im Bewusstsein der Menschen verankert zu bleiben, mit Ausnahme der ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis natürlich, welche die Grünen gern von Anfang an und für immer auf das ganze Deutschland projizieren. Wer so oberflächlich mit Geschichte umgeht, wer nicht willens und/oder in der Lage ist, sich umfassend zu informieren, zu differenzieren und die richtigen Schlüsse zu ziehen, dem kann ich intellektuelle Qualität und Kulturbewusstsein nun wirklich nicht zubilligen.

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der österr. Grünen, die ebenso reich an Widersprüchen ist wie ihr gegenwärtiges Erscheinungsbild. Zunächst ist festzustellen, dass der Umweltgedanke seit den 1960er-Jahren ein fester Bestandteil der Parteiprogrammatik der FPÖ ist und dass der „Atterseekreis“ in den 1970er-Jahren eine Reihe

Marcus T. Cicero:

Nescire autem quid antea quam natus sis acciderit, id est semper esse puerum
„Denn nicht zu wissen, was vor deiner Geburt sich ereignet hat, bedeutet für immer ein Kind zu bleiben.“

ökologischer Standards in die Liberalismusdebatte eingebracht hat. Dazu gehörte insbesondere ein absolutes „Nein“ zur Kernenergie und im Gegenzug ein bedingtes „Ja“ zum weiteren Ausbau von Wasserkraftwerken. In Folge hat die FPÖ, anders als die ÖVP, das „Nein“ bei der Zwentendorfabstimmung massiv beworben und später als Regierungspartner der SPÖ das endgültige „Aus“ für die Nutzung der Kernenergie durchgesetzt. (Die Grünen reklamieren diesen Umstand also zu Unrecht für sich!)

Gleichzeitig hat die FPÖ bis zur Ausrufung des „Weihnachtsfriedens“ durch BK Fred Sinowatz am ökonomisch überaus sinnvollen und – emotionslos gesehen – umweltpolitisch relativ unbedenklichen Projekt Hainburg festgehalten. Dessen Scheitern, von den Grünen als „Geburtsstunde“ ihrer Partei bezeichnet, hat sich für Jahrzehnte auf Österreichs Energiepolitik lähmend ausgewirkt; statt umweltfreundlich hergestelltem Strom zu exportieren importieren wir inzwischen einen Strom „ohne Mascherl“, was neben dem ökonomischen Schaden auch einer stillen Mitfinanzierung von Atomkraftwerken gleichkommt.

Das Eintreten von Konrad Lorenz für den (hundertprozentigen) Erhalt der Hainburg-Auen ist einzig und allein dem Umstand geschuldet, dass der Nobelpreisträger dort aufgewachsen ist. Sein Welt-



und Menschenbild hingegen ist zu dem der heutigen Grünpartei, die aus der kryptokommunistischen ALÖ nach Vertreibung der bürgerlichen VGÖ-Mitstreiter hervorgegangen ist, völlig konträr. Es gehört viel Selbstverleugnung dazu, wenn die Grünen die zahlreichen frauenkritischen Anmerkungen in den Büchern des Nobelpreisträgers verschämt ausblenden und Konrad Lorenz für sich reklamieren – eine weitere Ungereimtheit in ihrem Erscheinungsbild.

Dass die Grünen in die Korruptionsaffären der letzten Jahre allem

Anschein nach – im Unterschied zu den anderen etablierten Parteien – nicht verwickelt sind ist das einzige Positivum, das mir zu ihnen einfällt. Und es ist wohl nur die halbe Wahrheit, wenn das damit begründet wird, dass sich ihnen dazu bisher einfach noch keine Gelegenheit bot. Als Schuldirektor mit einer stattlichen Anzahl von Grünen im Lehrkörper ist mir deren pädagogisches Engagement und materielle Genügsamkeit durchaus in guter Erinnerung. Auf die grünen ParteiführerInnen umgelegt würde das auch eine gewisse Scheu davor bedeuten, Machtpositionen zur persönlichen Bereicherung auszunützen. Das und der gute Wille, die Welt zu verbessern, reichen aber nicht aus, den Grünen Regierungsfähigkeit zuzubilligen. Erste Voraussetzung dafür wäre ihr Abrücken von fundamentalistischen Positionen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden! Ihre moralinsaure Beserwisserei ist kein Zeichen von politischer Intelligenz und Qualität, ganz im Gegenteil!

www.flv.at
Besuchen Sie uns im Internet!



Aktuelles, auch aus den Bundesländern, die "Freie Meinung" als PDF zum Herunterladen, Infos aus den Ländern, informative Links in der Tankstelle und mehr!